

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/235

14. Dezember 1976

Das Gebot der moralischen Stabilität

-----  
Die CDU/CSU-provozierten Verwicklungen müssen ge-  
klärt werden

Seite 1 / 32 Zeilen

Die NATO ist für die Entspannung

-----  
Bilanz in Brüssel: Keine Alternative zum Entschärfen  
von Konflikten

Von Kurt Mettich MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 78 Zeilen

Wir brauchen eine Charta der EG-Bürgerrechte

-----  
Die Integration darf sich nicht auf den Markt be-  
schränken

Von Dr. Alfons Bayerl MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 46 Zeilen

Mehr Offenheit wäre hilfreich gewesen

-----  
Kernlagen: Plädoyer für die Rückkehr zur Sachlichkeit

Von Gerhard Flämig MdB  
Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und  
Forschung des Europäischen Parlaments

Seite 6 / 41 Zeilen

Kleines Loblied auf Bonn

-----  
Von einem Berliner mit verhaltener Stimme gesungen

Von Jürgen Grimming  
SPD-MdB von 1975 bis 1976

Seite 7 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ecker:

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressnhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 29/38  
Telefax: 08 96 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Das Gebot der moralischen Stabilität

Die CDU/CSU-provozierten Verwicklungen müssen geklärt werden

Die formell-fairlichen Umstände, unter denen der Präsident des achten Deutschen Bundestages gewählt worden ist, haben es am Dienstag nicht zugelassen, daß die von der CDU und CSU provozierten politischen Verwicklungen, die dann schließlich doch noch zur Bestätigung des bisherigen CDU/CSU-Fraktionvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens mit 346 gegen 170 Stimmen geführt haben, in der notwendigen Direktheit und Deutlichkeit angesprochen worden sind. Es besteht kein Zweifel daran, daß diese Klarstellung in aller Kürze nachgeholt werden wird. Die deutsche Wählerin und der deutsche Wähler können gewiß sein, daß nichts unausgesprochen bleiben wird, was um der vom Alterspräsidenten, Bundeskanzler a.D. Prof. Dr. Ludwig Erhard, in seiner berchtigterweise besorgten Rede apostrophierten "moralischen Stabilität" dieses demokratischen Staatswesens und dieser demokratischen Gesellschaft willen gesagt werden muß.

Die aus rein partei- und machtpolitischen Gründen nicht erst mit und seit Kreuth vom Zaune gebrochenen Verwicklungen und Verstrickungen haben dem deutschen demokratischen Leben argen Schaden getan. Die Unverfrorenheit, mit der in den letzten Wochen, als unmittelbare Folge eines von der Opposition in bis dahin nicht erlebter Hetzagitation geführten Wahlkampfes, der erbitterte Personalkampf innerhalb dieser christlichen Parteien der Bundesrepublik als ein wesentlicher Teil des politischen Lebens aufgezwungen worden ist, muß ihre Spuren hinterlassen. Umso zwingender erforderlich ist es daher auch, daß dem deutschen Volke in aller Härte klargemacht wird, welches frevelhafte Spiel mit seinem Geschick getrieben worden ist.

Diese Generalabrechnung ist ein Muß, denn erst nach der vollen Klärung der politischen Landschaft kann mit allen verfügbaren Kräften an die Arbeit der nächsten vier Jahre gegangen werden, deren Führung und Gestaltung die Mehrheit des deutschen Volkes der sozialliberalen Koalition unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt übertragen hat.

Erhardt Eckert  
(~/14.12.1976/va/ee)

+ + +

Die NATO ist für die Entspannung  
-----

Bilanz in Brüssel: Keine Alternative zum Entschärfen von Konflikten

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die jüngste Ministertagung des Nordatlantikrates in Brüssel war in starkem Maße durch den Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten gekennzeichnet. Für Henry Kissinger war es die letzte Konferenz im Kreise seiner NATO-Kollegen. Die Handlungsfähigkeit des Bündnisses ist durch den Regierungswechsel in Washington jedoch nicht beeinträchtigt worden. So wie der Übergang in Washington sich reibungslos vollzieht, schaltet sich die neue Administration auch geräuschlos in die NATO-Konsultationen ein. Henry Kissinger selbst überbrachte eine Botschaft des gewählten Präsidenten James Carter, in der die Allianz als Herzstück der europäisch-amerikanischen Beziehungen bezeichnet und die amerikanische NATO-Verpflichtung bestärkt wird. Auch der neue Präsident wird eine gemeinsame Strategie zur Abwehr der Bedrohung, effektive Mittel zur Verteidigung und ständige enge Konsultationen als Hauptaufgaben des Bündnisses ansehen.

Zwei Probleme haben auf der diesjährigen Wintertagung des Nordatlantikrates in Brüssel eine besondere Rolle gespielt: "die anhaltende, beunruhigende Verstärkung der militärischen Macht des Warschauer Paktes zu Lande, zu Wasser und in der Luft" und die Besorgnis, "daß die ständige Ausweitung der Rüstungen nicht nur die Sicherheit in der Welt, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand aller Nationen gefährden könnte". Dies ist leider schon ein Tatbestand. So kennzeichnen diese Probleme zugleich die Schwierigkeit laufender Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sowie die Fortsetzung der Entspannungspolitik.

Die NATO mißt der Verminderung des Risikos einer militärischen Konfrontation - wie es im Kommuniqué heißt - überragende Bedeutung bei. Von sowjetischer Seite wurde dazu rechtzeitig der Vorschlag eines Verzichts auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen ins Gespräch gebracht, über den im Kreise der KSZE-Teilnehmer verhandelt werden sollte. Das NATO-Kommuniqué erklärt dazu, "daß die Bündnispartner für den Fall eines gegen sie geführten Angriffs nicht auf den gegebenenfalls für die Verteidigung erforderlichen Einsatz irgendwelcher ihnen zur Verfügung stehender Mittel verzichten können".

Diese Feststellung ist für den gegenwärtigen Zustand sicher notwendig. Dennoch ist unbefriedigend, daß man nur unter diesem Gesichtspunkt auf den sowjetischen Vorschlag reagiert und hinzugefügt hat, daß der in der KSZE-Schlußakte ausgesprochene Gewaltverzicht für alle Arten von Waffen gelten müsse. Die Notwendigkeit einer weiteren Einschränkung des Gebrauchs militärischer Macht in Europa ist durch die bestehenden Abkommen noch keineswegs befriedigend gelöst. Bei den Wiener Verhandlungen über gegenseitige ausgewogene Truppenvermindierungen geht es im Kern um die Frage der weiteren Einschränkung militärischer Gewaltanwendung. Aus europäischer Sicht ist das sowjetische konventionelle und nukleare Potential nach wie vor beunruhigend. Wer die Rolle nuklearer Waffen für die Verteidigung in Europa einschränken will,

muß konsequenterweise auch dazu bereit sein, bei der konventionellen Ausrüstung Bedingungen zu schaffen, die eine militärische Überraschung ausschließen. Eben dies hätte man der Sowjetunion sagen müssen.

Wenn es Möglichkeiten gibt, die Rolle der Kernwaffen für die Verteidigung einzuschränken, so müssen sie genutzt werden. Der Verzicht auf den Ersteinsatz ist nur eine Möglichkeit, die zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich nicht für die NATO infrage kommt. Das Gespräch über die zentrale Frage einer Beschränkung der Rolle nuklearer Waffen für die Verteidigung Europas wird damit jedoch nicht aufhören können. Es wird bei den Wiener OSFR-Verhandlungen und bei SALT weitergeführt werden müssen. Der Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen kann erst am Ende einer Entwicklung stehen. Die Sowjetunion kann nicht mehr Vertrauen von uns erwarten als sie selbst gegenüber dem Westen hat. Ihre Rüstungsanstrengungen stehen dem entgegen.

Die Sowjetunion macht es sich zu leicht, wenn sie jetzt aus der ablehnenden Haltung der NATO gegenüber dem Vorschlag eines Verzichts auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen allgemein den Schluß zieht, die NATO sei entspannungsfreundlich. Die Diskussion im Nordatlantikrat hat vielmehr gezeigt, daß die Mitgliedstaaten der NATO nach wie vor zu einer stabilen Entspannungspolitik keine Alternative sehen. Das Kommuniqué stellt ausdrücklich fest, daß bei der Durchführung der KSZE-Schlußakte gewisse Fortschritte erzielt worden seien. Die NATO-Mitglieder haben weiter erklärt, daß sie auf der Belgrader Konferenz eine aktive Rolle spielen wollen. Bei der Fortführung der Entspannungspolitik geht es darum, praktische Verbesserungen und Ergebnisse zu erzielen und sich nicht in Doktrinen zu verfangen. Außerdem ist es für die NATO-Länder an der Zeit, der Öffentlichkeit mehr Informationen über ihr ernsthaftes Bemühen zu vermitteln, daß sie Abrüstungsergebnisse erreichen wollen.

Mit dem Angebot des Warschauer Pakts soll doch der Eindruck erweckt werden, daß der Osten zu militärischer Entspannung bereit sei. Dies führt schnell zu der Propaganda, daß die NATO dagegen nicht willens sei, zur militärischen Entspannung beizutragen. Wir meinen, daß diese wichtige Lebensfrage nicht nur eine geheime Kommandosache von Experten sein kann. Letzte Entscheidungen liegen in der politischen Verantwortung derer, die vom Volke beauftragt und dem Volke verantwortlich sind. Die Völker aber sind in großer Mehrheit für eine militärische Entspannung durch Abrüstung. Dieser Trend ist nur einsetzbar durch soviel Information, daß die Entschlossenheit der Völker eine Unterstützung des guten Willens sein kann.  
(-/14.12.1976/va/pr)

+ + +

Wir brauchen eine Charta der EG-Bürgerrechte

Die Integration darf sich nicht auf den Markt beschränken

Von Dr. Alfons Bayerl MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die aktivbürgerlichen Rechte sind in den Mitgliedstaaten der EG ausschließlich Staatsbürgern vorbehalten. Aufgrund unserer 200jährigen Verfassungsentwicklung sind in den Nationalstaaten die Ausländer politisch fast rechtlos, weil alle Staaten die Rechte, die sich auf die Legitimierung und Ausübung hoheitlicher Herrschaft beziehen, ihren Staatsbürgern vorbehalten. Die Nationalstaaten haben sich in den letzten 200 Jahren in politischer Hinsicht als personal geschlossene Gemeinschaft entwickelt. Daran hat auch die EG bisher nichts geändert.

Wir haben den EG-Bürgern zwar eine Marktbürgerschaft vermittelt und weitgehend ihre Diskriminierung gegenüber den Inländern - balleibe nicht vollständig - beseitigt. Ihre Integration ist aber funktional und nicht politisch, denn die Gleichbehandlung mit den Inländern orientiert sich ganz an den ökonomischen Zielen der Gemeinschaft. Das Diskriminierungsverbot nach Art. 7 der Verträge ist nur in ihrem Anwendungsbereich wirksam. Das gilt z.B. auch für das Recht auf Einreise und Aufenthalt, das nur im Zusammenhang mit der beruflichen Betätigung garantiert wird.

Das Diskriminierungsverbot in Art. 7 erweitert den marktbürgerlichen Status nicht zu einem Status politischer Gleichheit. Dem EG-Bürger wird nicht nur die Teilnahme an politischen Wahlen vorenthalten. Er kann aufgrund der nationalen Versammlungsgesetze, der Vereinsrechte oder der Parteilengesetze fast überhaupt nicht an der politischen Meinungsbildung - oft auch nicht im vorpolitischen Raum - teilnehmen. Ihm ist der Zugang zu öffentlichen Ämtern verschlossen, denn der Vertrag nimmt von der Gewährleistung beruflicher Freiheit und Gleichheit die Beschäftigung in der öf-

fentlichen Verwaltung und alle Tätigkeiten aus, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland glaubt man sogar, daß die Schnornsteinfeger öffentliche Gewalt ausüben. Das bringt mit sich, daß die EG-Bürger auch in berufsständischen Vertretungen oder im Selbstverwaltungsbereich - bei uns in der Bundesrepublik z.B. bei den Sozialversicherungsträgern - keine Teilhabe haben.

Wir leisten uns schon in der EG ein kaum zu verantwortendes Demokratie-Defizit. Wenn wir die politische Integration weiter vorenbringen wollen und wenn wir die vorgeschlagenen europäischen Direktwahlen einigermaßen erfolgreich - d.h. nicht an den Bürgern vorbei - durchführen wollen, müssen wir den europäischen Marktbürgern wenigstens einige besondere Rechte einräumen.

Deswegen muß das Europäische Parlament die treibende Kraft sein, daß so rasch wie möglich eine "Charta der Europäischen Bürgerrechte" geschaffen wird. Dabei bin ich mir bewußt, daß es ein schwieriger Prozeß werden wird, den "politisch kastrierten" EG-Bürger in den neun Nationalstaaten mit dem Inländer politisch gleichzustellen. Denn die Bewußtseinslage - ich glaube in allen neun Staaten - ist immer noch nationalstaatlich orientiert und für viele Bürger ist es eine schreckliche Vorstellung, daß "Ausländer" politische Rechte bekommen. Diese Bewußtseinslage muß - wenn die Europäischen Wahlen erfolgreich sein sollen - so rasch wie möglich verändert werden. (-/14.12.1976/vd/pr)

+ + +

Mehr Offenheit wäre hilfreich gewesen  
-----

Kernanlagen: Plädoyer für die Rückkehr zur Sachlichkeit

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für  
Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Noch immer und aus durchaus verständlichen Gründen ist die öffentliche Diskussion um die Vorkommnisse von Brokdorf nicht verstummt. Die Meinungen, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung richtig gehandelt hat, sind geteilt. Vernünftig Abwägende sehen die Ursache der Schwierigkeiten weniger in der Tatsache, daß ein Grundstückseigentümer in enger Absprache mit Behörden und Polizei um sein Gelände Mauern, Stacheldraht und Gräben zog, als in der ebenfalls unbestreitbaren Tatsache, daß nicht überall mit offenen Karten gespielt wurde. Mehr Aufklärung zur rechten Zeit hätte manches verhindert.

Unzutreffend ist allerdings der Vergleich der Brokdorfer Sicherungsmaßnahmen mit der Berliner Mauer. Dieser Vergleich ist abwegig, weil die Berliner Mauer nämlich das Gegenteil dessen bewirkt, was Schutzvorrichtungen bei Kernanlagen bewirken sollen: Die Schandmauer von Berlin soll verhindern, daß Deutsche, von ihrem Recht der Freizügigkeit Gebrauch machend, von innen nach außen gelangen. Mauern, Stacheldraht, Elektrozaune und Wachmannschaften zum Schutze von Kernanlagen sollen verhindern, daß Saboteure oder Terroristen von außen nach innen gelangen.

Eine entsprechende Forderung wurde vor Jahresfrist von der "Bürgerinitiative Östlicher Untermain" erhoben. Einem Journalisten-Team war es im Raume Hanau gelungen, bis dicht an ein Plutonium-Lager ungehindert vorzudringen. In das Kernkraftwerk Biblis hatte sogar ein Witzbold die Attrappe einer Panzerfaust eingeschmuggelt.

Die Bürgerinitiative stellte daraufhin fest: "Es genügt nicht, alle Maßnahmen zur inneren Sicherheit von Kernanlagen in bezug auf Strahlenschutz und Unfallverhütung zu ergreifen. Wir fordern, daß alle Kernanlagen mit geeigneten Schutzeinrichtungen wie Elektrozaune etc. umgeben und durch militärisch geschulte, gegen Terroranschläge ausgebildete Militär- oder Polizeikräfte Tag und Nacht geschützt werden."

Die Leute von den Nordwestdeutschen Kraftwerken NWK, die bei Brokdorf ein Kernkraftwerk errichten, können nun auf diese Forderung pochen und möglicherweise darauf hinweisen, daß es schließlich gleichgültig sei, ob man diese äußeren Sicherungsmaßnahmen als ersten oder als letzten Schritt beim Bau von Kernanlagen tue.

Auch dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht die Gemüter zuvor schon erhitzt worden wären. Daß bei diesem Aufheizungsprozeß nicht nur ehrlich besorgte Bürger, um ihr Landschaftsschutzgebiet bangend mitwirkten, sondern auch Chaoten und Berufarevolutionäre, hat sich inzwischen herumgesprochen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß hier viel Ungeschicklichkeit im Spiele war. Und es ändert sicherlich nichts an der vernünftigen Forderung, Kernanlagen aller Art gegen Angriffe von außen zu schützen.  
(-/14.12.1976/bgy/pr)

+ + +

Kleines Loblied auf Bonn  
-----

Von einem Berliner mit verhaltener Stimme gesungen

Von Jürgen Grimming  
SPD-MdB von 1975 bis 1976

Der Stellenwert Bonns beruht bei vielen auf der vielseitigen Verwendbarkeit als Objekt und Subjekt spöttisch-ironischer Betrachtungen. "Halb so groß wie der Friedhof von Chicago, aber dafür doppelt so tot" ist eine der bekanntesten Feststellungen dieser Art, die manchen Bonner Lokalpatrioten sicher noch heute schmerzt.

Das Bonner Auto-Kennzeichen BN übersetzte neulich einer mit "Berlin, Nebenstelle". Kann man das fremdbestimmte Schicksal, "Hauptstadt" sein zu sollen, großzügiger und liebenswerter relativieren?

Was immer man über Bonn sagen mag, es ist nicht seine Schuld, wenn in den 27 Jahren Bundesrepublik Deutschland daraus keine Hauptstadt im Sinne von London oder Paris geworden ist. Geographisch wie tatsächlich war das ohnehin nicht möglich, und es ist sehr fraglich, ob es bewußtseinmäßig wünschbar wäre.

Gleichwohl sollten die Lästerzungen endlich davon ablassen, Bonn mit den falschen Maßstäben zu messen und deshalb immer wieder zu falschen Ergebnissen zu kommen. Die Fußgängerzone der kleinen Stadt ist ein Kleinod geworden, in dem es Spaß macht, einzukaufen oder auch nur zubummeln. Die Rheinuferwege bieten Erholung und Romantik. Hinter dem "langen Eugen" zeichnet sich mit der Anlage der Bundesgartenschau eine neue, hübsche Bereicherung ab. Und überall da, wo die Stadtbildpfleger ihren Kosmetikkoffer öffnen durften, entwickelt Bonn unvermuteten Charme. In den Nebenstraßen läßt sich zuweilen, wenn der Verkehr nicht gerade über alle Ufer tritt, fast gemütvoll wandern.

Das beste sei am Schluß erwähnt: der "Bonner Sommer". Wie hier eine ganze, wenn auch kleine Stadt die freundliche Hälfte des Jahres in ein greifbares und jedermann zugängliches Stück Freizeitwert und Lebensqualität verwandelt, ist konkurrenzlos. Wenn es nicht mißverstanden wird, dieses Kompliment aus dem Munde eines Berliners, der sicher mit manchem Vorurteil hier ankam, dann sei freimütig festgestellt: In Bonn kann man leben. Nur schade, daß die meisten Abgeordneten dazu keine Zeit finden.  
(-/14.12.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller